

ZUSAMMENFASSUNGEN

Stephan Hensell / Felix Gerdes

Von Rebellen zu Eliten. Aufstieg und Scheitern bewaffneter Gruppen nach dem Krieg

Rebellen haben in vielen Nachkriegssituationen die Chance, zu neuen politischen Eliten aufzusteigen. Während es jedoch einigen gelingt, nach dem Krieg dauerhaft höchste staatliche Positionen zu bekleiden, finden sich andere nur in subalternen Positionen wieder oder werden gänzlich marginalisiert. Der Beitrag skizziert eine Theorie der Genese und Reproduktion von Elitenmacht im sozialen Raum der Nachkriegsgesellschaft, welche diese Varianz zu erklären versucht. Die zentrale These lautet, dass die Karrieren von Rebellen in erster Linie von Machtmitteln abhängig sind, die nach dem Konflikt gewonnen werden und sich nicht einer Akkumulation im Krieg verdanken. Fallstudien zu Liberia und Kosovo unterziehen diese These einem ersten Plausibilitätstest und dienen zugleich dazu die Fruchtbarkeit der theoretischen Konstruktionen am empirischen Material zu entfalten.

Daniel Jacob

Gerechtigkeit durch Fremdherrschaft? Zur moralischen Rechtfertigbarkeit von internationalen Übergangsverwaltungen

Können internationale Übergangsverwaltungen moralisch gerechtfertigt sein, obwohl sie doch offenkundig eine Form von Fremdherrschaft darstellen? Der Artikel beantwortet diese Frage mithilfe der Idee einer natürlichen Pflicht zur Gerechtigkeit. Dabei zeigt sich, dass unter bestimmten Umständen die Errichtung einer internationalen Übergangsverwaltung in der Tat moralisch gerechtfertigt ist. Zugleich werden so aber auch die Grenzen legitimer externer Einmischung deutlich, mithin der Unterschied zwischen gebotener Hilfe und nicht zu rechtfertigendem Paternalismus. Wie im letzten Teil des Artikels anhand des Beispiels der internationalen Übergangsverwaltung im Kosovo ausgeführt, erweist sich gerade diese Grenzziehung als besonders bedeutsam für die Bewertung der Praxis internationaler Übergangsverwaltungen.

Sylvia Kämpfer / Michael Mutz

Der Einfluss positiver und negativer Stimmungen von Befragten auf ihr Antwortverhalten in politischen Meinungsumfragen

Empirische Sozial- und Politikforschung basiert wesentlich auf Daten, die in Umfragen erhoben werden. Die dort verwendeten Indikatoren verlangen von den Befragten häufig, Bewertungen vorzunehmen und z. B. die Arbeit der Bundesregierung zu beurteilen oder die allgemeine Wirtschaftslage einzuschätzen. Der Beitrag geht davon aus, dass diese Einschätzungen nicht ausschließlich auf kognitiven Abwägungen über den zu bewertenden Sachverhalt beruhen, sondern dass auch die erlebten Stimmungen der Befragten in die Einschätzung einfließen. Mit Hilfe der deutschen Stichproben der European Social Surveys 2006 und 2012 kann gezeigt werden, dass viele der für die Politikwissenschaft relevanten empi-

rischen Indikatoren stark von der in den letzten Tagen vor der Befragung empfundenen Stimmung des Befragten beeinflusst sind. Positive Stimmungen führen dabei erwartungsgemäß zu positiveren Einschätzungen, während sich negative Stimmungen tendenziell in negativeren Urteilen niederschlagen. Zudem kann gezeigt werden, dass der Einfluss der Stimmungen auf das Antwortverhalten mit der politischen Informiertheit der Befragten variiert, wobei der Einfluss bei jenen Personen besonders stark ausgeprägt ist, die sich weniger gut über aktuelle politische Themen informieren.

Tuuli-Marja Kleiner / Nicola Bücken

Kulturelle Grundlagen der EU-Unterstützung. Der Einfluss von Wertzuschreibungen auf supranationales politisches Vertrauen

Das Vertrauen der EU-BürgerInnen in die Europäische Union wird vor allem mit Hilfe von Theorien der Performanzbewertung, des Cueings und der kollektiven Identitäten erklärt. Die nationale Vertrauensforschung stellt zusätzlich die Bedeutung von Wertzuschreibungen an politische Objekte als Quelle politischen Vertrauens heraus. In unserem Beitrag prüfen wir diese kulturalistische Perspektive für das EU-Vertrauen. Mittels Eurobarometerdaten kann gezeigt werden, dass Cueing-Prozesse das EU-Vertrauen am stärksten beeinflussen, gefolgt von Leistungsbewertungen und Zugehörigkeitsgefühlen. Daneben leistet die Zuschreibung von persönlich wichtigen Werten an die Union einen eigenständigen substantiellen Beitrag zur Generierung von EU-Vertrauen und stellt dementsprechend eine weitere Quelle diffuser Unterstützung für die EU dar.

Wilhelm Knelangen / Birte Meinschien

„Ich wäre gerne in Ruhe gelassen worden...“. Michael Freund im Nationalsozialismus

Die These, bei der Generation der „Gründerväter“ der westdeutschen Politikwissenschaft habe es sich um untadelige Personen gehandelt, die während der Zeit des Nationalsozialismus keine Belastungen auf sich geladen hätten, ist zuletzt am Beispiel Theodor Eschenburgs in Frage gestellt worden. Der Beitrag analysiert auf breiter Quellenbasis die Rolle, die Michael Freund, 1951 auf die Professur für Wissenschaft und Geschichte der Politik in Kiel berufen, während der Jahre 1933-1945 gespielt hat. Auch sein Beispiel spricht dafür, das Bild der Gründergeneration zu differenzieren. Einfache kategoriale Zuschreibungen wie „belastet“ oder „verstrickt“ eignen sich aber nur eingeschränkt zur Aufklärung, weil sie die Widersprüchlichkeit des Handelns während des „Dritten Reiches“ nicht angemessen abbilden.

Friedbert W. Rüb

Die Politik in der politischen Gesellschaft. Eine ideengeschichtliche Spurensuche. In memoriam Michael Th. Greven (07.03.1947-07.07.2012).

In der „politischen Gesellschaft“ (Greven) steht die Politik als zentrale Instanz der Gestaltungs- und Ordnungsbildung im Mittelpunkt. Allein die Politik ist in der Lage, (post)moderne Gesellschaften zusammenzuhalten und sie kann im Prinzip in alle gesellschaftlichen Teilsysteme intervenieren und virtuell alles politisieren. Trotz der Zentralstellung der Poli-

tik bleibt der Politikbegriff eigentümlich unbestimmt. Der Beitrag versucht, diesem Mangel mittels einer Spurensuche abzuhelpfen. Er setzt an dem zeitlichen Moment an, an dem der Politikbegriff an der Wende zur Moderne neu- und umgeschrieben wird und rekonstruiert diesen Prozess am Beispiel von vier Autoren, Albert E. F. Schäffle, Karl Mannheim, Max Weber und schließlich Niklas Luhmann; alle beziehen sich explizit (oder implizit) aufeinander und lassen so ein Gewebe eines politischen Diskurses entstehen, in dem ein neues Verständnis der Politik aufscheint. So kann in Ansätzen die Kontur dieses neuen Politikbegriffs als politisches Handeln rekonstruiert werden, der der Bedeutung der Politik in der „politischen Gesellschaft“ angemessen ist.